Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Hillary for President in 2020? Die Demokratische Partei ist verkommen bis ins Mark
2. Die Diskussion in der Linken um den Migrationspakt kommt in Gang – sie ist ziemlich schmutzig
3. Linke, die gern Erfüllungsgehilfen des Kapitals sein wollen – aber bitte mit Haltung (mit Nachtrag zu Telepolis)
4. Bundesregierung: Nach langem Streit steht der erste Entwurf fürs Einwanderungsgesetz
5. Bolsonaro und der Verfall der Demokratie
6. Zinsen für Steuerbetrüger: Deutschland ließ sich Milliardensumme entgehen
7. Vom Segen der Privatisierung
8. Viele Gewerkschafter wählen die AfD
9. Journalismus: Facebook kann Portale in die Bedeutungslosigkeit herunterpegeln
10. "Ganz schön gierig": 'Die Welt' will Sahra Wagenknecht diffamieren und blamiert sich böse

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Hillary for President in 2020? Die Demokratische Partei ist verkommen bis ins Mark**
   Zwei Insider der Demokratischen Partei schrieben in einem Meinungsartikel im Wall Street Journal, dass ihrer Meinung nach Hillary Clinton 2020 erneut für die US-Präsidentschaft kandidieren wird. Dies würde die gerade von unten links aufkommende Erneuerung der Partei vollkommen zunichtemachen.
   Hillary Will Run Again titelte am Sonntag ein Meinungsartikel zweier Autoren im

konservativen, neoliberalen Wall Street Journal, die erneute Präsidentschaftskandidatur von Hillary Clinton 2020 meinend. (Dass der Artikel ausgerechnet im Wall Street Journal erschien, spricht Bände.)
Der Artikel dient keiner offiziellen Ankündigung von Clintons Kandidatur, doch meinen die beiden Demokraten-Insider: „Wir können damit rechnen, dass sie wieder kandidieren wird." Mark Penn, einer der beiden Koautoren des Artikels, war sieben Jahre lange Clintons Berater und gilt als Hillary-Vertrauter. Es ist unwahrscheinlich, dass beide Autoren ihre gute Reputation für bloße Spekulation aufs Spiel setzen würden. Es ist anzunehmen, dass sie auf Konkretes zurückgreifen, aus taktischen Gründen jedoch im Unkonkreten verbleiben.
Clinton selbst hat eine 2020-Kandidatur öffentlich bislang weder eindeutig bejaht noch verneint, doch in einem TV-Interview Ende Oktober antwortete sie auf die Frage, ob sie erneut kandidieren wolle, zunächst „Nein", um dann mit „Aber ich wäre gerne Präsidentin" selbst die Türen für Spekulationen weit aufzustoßen.
Quelle: Justice Now!

Anmerkung Jens Berger: *Dies dürfte vor allem Donald Trump freuen, dem eine Kandidatur Clintons beste Chancen auf eine zweite Amtszeit garantieren würde.*

2. **Die Diskussion in der Linken um den Migrationspakt kommt in Gang – sie ist ziemlich schmutzig**
Nachdem Bundesregierung, CDU, SPD, Grüne, Linke und FDP damit gescheitert sind, den Migrationspakt an Öffentlichkeit und Parlament vorbei ohne Diskussion zu verabschieden bzw. verabschieden zu lassen, kommt nun sogar die Open-Border-Fraktion in der Linken in Erklärungsnot. Sie muss begründen, warum sie ohne Vorbehalt für diesen Pakt ist. Das ist nicht ganz leicht und gelingt eher schlecht. Letztes Beispiel ist eine in der Partei verbreitete Handreichung von Kathrin Vogler, der friedenspolitischen Sprecherin der Fraktion, mit der sie neun angebliche Lügen zum Pakt widerlegen will.
Ich will meine Antwort auf die zwei "Lügen" konzentrieren, bei denen ich mich angesprochen fühlen darf, denn Frau Vogler schreibt:
„Leider beteiligen sich auch Personen, die in der Öffentlichkeit als links wahrgenommen werden oder sich selbst als Linke verstehen, an der Verbreitung von Lügen und Halbwahrheiten über dieses Dokument. Daher sehe ich mich in der Verantwortung, eine sachliche und inhaltbezogene Debatte über den Pakt einzufordern und dazu beizutragen."
Immerhin, besser spät als nie. Wie tut sie das? Zum Beispiel, indem sie die Kritik daran, dass der Pakt das Interesse der Konzerne an billigen Arbeitskräften bedient, um

das Wort „ausschließlich“ erweitert und auf dieser Basis zur Lüge erklärt. Das klingt so: „Lüge Nr. 7: „Der Migrationspakt ist ausschließlich neoliberal ausgerichtet, um den Wunsch des globalen Kapitals nach billigen und rechtlosen Arbeitskräften zu befriedigen.“
Das ist zwar unlauter, hat aber den Vorteil, dass sie sich darum drücken kann, auf den Kritikpunkt einzugehen. Stattdessen beschränkt sie sich auf die einfache Aufgabe darzulegen, dass es auch noch etwas anderes, lobenswertes in dem Pakt gibt, was allerdings kaum jemand bestritten hat. „Sachlich und inhaltsbezogen“ geht anders.
Quelle: Norbert Häring

3. **Linke, die gern Erfüllungsgehilfen des Kapitals sein wollen – aber bitte mit Haltung (mit Nachtrag zu Telepolis)**
Es ist bezeichnend. Auf meine mit Belegen gespickten, hundertausendfach gelesenen Blogposts dazu, wie das Migrationsabkommen die Interessen der internationalen Großkonzerne bedient und dass es auch auf deren Lobbying zurückgeht, ernte ich von linker Seite nichts als dröhnendes Schweigen. Kaum ein Ansatz von Kritik, nur Schweigen. Wenn mit Sahra Wagenknecht eine führende Politikerin der Linken einen derartigen Text zustimmend zur Lektüre empfiehlt, löst das angeblich sogar eine Revolte in ihrer Fraktion aus.
Hier der Link zum inkriminierten Artikel: Das Migrationsabkommen als letzter Sargnagel für die linken Parteien
Darin zitiere ich einen führenden Wissenschaftler des globalen Südens und die Citigroup dazu, dass die Behauptung, die Abwanderungsländer profitierten, eine interessengeleitete Lüge ist. Auch dass die mit Migration befassten UN-Organisationen das anders sahen, bevor das Weltwirtschaftsforum sie umdrehte, bleibt nicht unerwähnt, ebenso wenig, dass gerade die untersten Lohngruppen mit Zuwanderern um Jobs und soziale Leistungen konkurrieren dürfen.
Es ist also im linken auf-die-Haltung-kommt-es-an-Umfeld verboten über solche Probleme auch nur zu diskutieren. Wenn Widerlegen nicht geht, ist Totschweigen von unangenehmen Ziel- und Haltungskonflikten die erste Linkenpflicht.
Passend zum von mir gewählten Sargnagel-Bild resümiert der SPON-Artikel über eine Zeit nach einer möglichen Vertreibung der Fraktionsvorsitzenden:
„Wagenknechts Gegner hoffen, dass dann endlich Ruhe einkehrt.“
Das dürfte stimmen. Auf dem medialen Friedhof der „sonstigen“ Parteien ist es meist ziemlich ruhig.
Nachtrag (13.11.) Auf Telepolis zeigt der berüchtigte Peter Nowak wozu haltungslinke Dialektik fähig ist. Er weist die Verantwortung für die Diskussionsverweigerung des Kipping-Lagers Wagenknecht zu, die zwar Recht habe, die aber dieses Lager mit Diskussionsaufforderungen unnötig provoziere. Unter der Überschrift “Grüne und

Linke und die Migration” heißt es bei ihm:
“Wagenknecht hat auch keine Schritte getan, um den Konflikt zu deeskalieren. Das zeigte der letzte Tweet, in dem sie ihre Ablehnung des UN-Migrationspaktes mit einem Artikel des Handelsblatt-Journalisten Norbert Häring begründet, der schon lange als Wagenknecht-Anhänger auftritt und der sich auch von KenFM interviewen lässt. Dass sie damit ihren Kritikern neue Argumente liefert, muss ihr bewusst sein. Da bleibt dann keine Zeit mehr, über Sinn und Unsinn des UN-Migrationspakts zu diskutieren. Dessen primäres Ziel ist die regulierte Einwanderung nach ökonomischen Aspekten. Es gäbe also genügend Grund für linke Kritik auch an den UN-Migrationspakt…
Die Linke kann da von den Grünen noch lernen, wie man strittige Positionen im Kleingedruckten versenkt. Und Sahra Wagenknecht hätte für weniger Aufregung gesorgt, wenn sie statt des Artikels von Norbert Häring genau diese Stelle des grünen Leitantrags zur Untermauerung ihrer Position verbreitet hätte. (Peter Nowak)
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung unseres Lesers P.P.: *Diese Partei ist nicht mehr genuin links. Es ist eine neugrüne Lifestyle Partei. Bei der Konfrontation mit anderen Meinungen analysiert und diskutiert man nicht mehr, sondern man stellt sich auf die richtige Seite und fühlt sich gut. Besser zu sein, muss sich gut anfühlen.*

4. **Bundesregierung: Nach langem Streit steht der erste Entwurf fürs Einwanderungsgesetz**
   Über Monate hinweg gab es keine Einigkeit übers Zuwanderungsgesetz der GroKo. Nun liegt ein Referentenentwurf vor. Ausländische Fachkräfte sollen demnach für sechs Monate nach Deutschland kommen dürfen – und müssen eine Grundvoraussetzung erfüllen.
   Ingenieure, Bäcker und andere Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten sollen in Zukunft zur Arbeitsplatzsuche für sechs Monate nach Deutschland kommen dürfen. Das sieht das geplante Fachkräftezuwanderungsgesetz der Bundesregierung vor, für das es nun einen Referentenentwurf gibt. Er lag der Deutschen Presse-Agentur in Berlin am Dienstag vor.
   Die Fachkräfte mit Berufsausbildung müssen „über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse oder höhere deutsche Sprachkenntnisse verfügen, soweit letztere für die Berufsausübung erforderlich sind“, heißt es darin
   Nach langem Streit und einer Einigung in der Koalition hatte das Bundeskabinett Anfang Oktober ein entsprechendes Eckpunktepapier beschlossen. Das Gesetz soll laut dem Entwurf durch Beschleunigungen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse ergänzt werden – und durch eine verstärkte Förderung des Erwerbs der deutschen

Sprache im Ausland. Eine bisherige Beschränkung auf Berufe mit Engpässen soll entfallen.
Auf die Vorrangprüfung, nach der Ausländer nur eingestellt werden dürfen, wenn kein Deutscher den Job machen kann, soll im Grundsatz verzichtet werden. „Verbunden wird dies jedoch mit der Möglichkeit, auf Veränderungen des Arbeitsmarktes unkompliziert reagieren zu können und die Vorrangprüfung in Arbeitsmarktregionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit oder für bestimmte Berufe beizubehalten beziehungsweise kurzfristig wieder einzuführen“, heißt es in dem Entwurf.
Quelle: WELT

Anmerkung unseres Lesers J.A.:*Der völlige Wahnsinn. Ein solches Gesetz schafft den offensten Arbeitsmarkt der Welt, in dem gleichzeitig offiziell 3,2 Millionen und realistisch sicher über 4 Millionen Menschen arbeitslos sind, die Arbeitslosenrate 8% übersteigt. Kein Wort auch zu den viel zu niedrigen Löhnen in Deutschland, die die Propaganda vom Fachkräftemangel ganz offensichtlich entlarven Mit dem bisherigen Zuwanderungsgesetz – immerhin gibt es das geforderte Fachkräfteeinwanderungsgesetz schon seit 2005 – dürfen Nicht-EU-Ausländer nur mit Hochschulabschluss und immerhin einem Mindestgehalt in Deutschland arbeiten; jetzt sollen, abgesehen von der Anforderung an deutsche Sprachkenntnisse und eine Berufsausbildung, die letzten Regulierungen entfernt werden. Qualifizierte Arbeit zu jedem Preis, den die Arbeitgeberseite vorgibt, Lohndruck ohne Ende und steigende Arbeitslosigkeit: genau so stellt sich “die Wirtschaft” den idealen Arbeitsmarkt vor. Zusätzlich die Auswirkungen potentiell unbegrenzter Zuwanderung auf den knappen Wohnraum, da werden die nächsten Jahre noch weniger lustig.*

5. **Bolsonaro und der Verfall der Demokratie**
   Erstmals seit fünf Jahrzehnten hat in Brasilien ein Bündnis von Eliten wieder eine Massenunterstützung für die extreme Rechte mobilisiert. Der Korruptionsskandal ist dabei Mittel zum Zweck. Mit Jair Bolsonaro erhält ein autoritärer Neoliberalismus Einzug im Land.
   Brasilien befindet sich in einer beispiellosen wirtschaftlichen und politischen Krise. Auf die schon seit 2010 geringeren Wachstumsraten folgte zwischen 2014 und 2016 eine tiefe Rezession mit einem starken Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion und dann eine wirtschaftliche Stagnation. Das Pro-Kopf-Einkommen ist auf das Niveau von Anfang der 2000er Jahre zurückgefallen: Die Gewinne, die während der von der PT (Partido dos Trabalhadores oder Arbeiterpartei) geführten Bundesverwaltungen erzielt wurden, sind verschwunden. Die offiziell gemessene

Arbeitslosigkeit ist von 4 auf 14 Prozent gestiegen; das Haushaltsdefizit ist nach wie vor hoch und die Staatsverschuldung steigt weiter an. Letzteres geschieht trotz wiederholter „Sparmaßnahmen“, die in einer Verfassungsänderung gipfelten, welche die realen Staatsausgaben für die nächsten 20 Jahre einfror.
Quelle: Makroskop

Dazu: The Uncomfortable Truths Behind Bolsonaro’s Win
Why did the Brazilian people elect a neofascist? If you get your information from the newspapers, you might think that this happened because Brazilians are afraid of rising violence rates or fed up with corruption. These explanations sound great on paper because they function as what sociologist Pierre Bordieu called mind stopping cliches. When hearing something familiar and logical sounding, the brain stops and moves onto another subject.
Violence and corruption. Everyone hates that. What’s happening in sports? This is how the Anglo media wants people to process the issue of the arrival of fascism in Brazil, because if the public begins to scratch under the surface, it will find uncomfortable truths that implicate their own governments, think tanks, corporations and media institutions. That could lead to some difficult questions, so why not stick to the mind stopping cliches of violence and corruption? The problem is that, although both issues may have been used to manipulate the public, neither of them hold up to scrutiny. (…) International capital and the US government now have exactly what they want in Brazil. All natural resources will be opened to exploitation from foreign capital. The US military will be able to use the Alcantara rocket launching base as a takeoff point for forays into Venezuela. Brazil’s participation in the BRICS is dead in the water and US Petroleum companies will be swimming in Brazilian oil. Regardless of the level of participation by the US and its institutions, these events fit a pattern of US interventions in Latin America over the past 100 years. If we are truly interested in defeating fascism it is important to move beyond cliches and work to identify the real actors at play, so that their power can be countered. In order to do this, we have to move beyond the idea that Brazil operates in a geopolitical vacuum and that the return to neofascism, which was previously installed with ample US government support from 1964-1985, can be explained by oversimplified generalizations on public opinion.
Quelle: Axis of Logic

Anmerkung unserer Leserin E.H.: *Ein interessanter Artikel, der sowohl die Hintergründe für Bolsonaro‘s Wahl beleuchtet als auch eine Manipulationstechnik der Medien gut beschreibt – das Einsetzen von „mind stopping cliches“ (Begriff nach Pierre Bordieu) …. das Bedienen von Vorurteilen, um das eigene Nachdenken zu*

stoppen. Sehr interessant!

6. **Zinsen für Steuerbetrüger: Deutschland ließ sich Milliardensumme entgehen**
   Für viel Geld kauften Finanzbehörden die Daten von Steuerhinterziehern. Laut Bundesrechnungshof versäumten sie dann aber, eine Milliarde Euro an Zinsen einzutreiben. Auch bei anderen Fällen wundern sich die Rechnungsprüfer.
   Kaum etwas hat Steuerhinterzieher in den vergangenen Jahren so aufgescheucht wie der Ankauf von CDs mit gestohlenen Kundendaten ausländischer Banken. Aus Furcht, ihr Name könnte sich auf einem der Silberlinge finden, zeigten sich viele Bürger selbst an. Der Staat konnte in großem Stil nachkassieren.
   Doch dabei wäre noch deutlich mehr drin gewesen. Zu diesem Schluss kommt der Bundesrechnungshof (BRH) in seinem Jahresbericht, der am Dienstag veröffentlicht wird und dem SPIEGEL vorab vorlag. Demnach ließen sich die Finanzbehörden seit 2010 Einnahmen in Höhe von einer Milliarde Euro entgehen, weil sie nur Hinterziehungszinsen auf Jahressteuern erhoben – nicht aber auf ebenfalls steuerpflichtige Vorauszahlungen zur Einkommensteuer. Diese müssen vor allem Selbstständige und Freiberufler regelmäßig überweisen…
   Quelle: SPON

   Dazu: Bericht des Bundesrechnungshofs: Schlampereien auf 300 Seiten
   Überteuerte Krankentransporter bei der Bundeswehr, abenteuerliche Ausreden aus dem Verkehrsministerium, lasches Vorgehen gegen Steuerbetrug: Ein Papier des Bundesrechnungshofs listet Fälle von Steuerverschwendung auf.
   … wenn man den Bericht des Bundesrechnungshofs liest. Auf 300 Seiten listet er finanzielle Fehltritte auf. Und die kosten Milliarden. So haben deutsche Behörden zwar die berühmten Steuer-CDs aus dem Ausland aufgekauft, aber die Finanzämter nicht alle Hinterziehungszinsen eingefordert. “Das haben die Finanzämter vergessen. So sind dem Staat seit 2010 rund eine Milliarde Euro entgangen. Das liegt schlicht daran, dass der Finanzminister den Finanzämtern keine Vorgaben gemacht hat”, sagt Scheller.
   Auch an anderer Stelle lassen es die Finanzbehörden schleifen. So würden immer seltener die Umsatzsteuerzahlungen von Unternehmen geprüft. Inzwischen kann ein Unternehmer rein rechnerisch davon ausgehen, dass es in seinem ganzen Berufsleben keine einzige Sonderprüfung gibt. “Alle 71 Jahre taucht ein Betriebsprüfer im Unternehmen auf. Dieses Quote hat sich verschlechtert. Immer mehr potenzielle Hinterziehung bleibt unentdeckt”, sagt Scheller.
   Verschwendung bei der Bundeswehr
   20 Seiten in dem Bericht entfallen allein auf die Bundeswehr…

Risiken für den Bundeshaushalt gibt es in den kommenden Jahren genug: Der Brexit, der Wegfall des Solidaritätszuschlags, mehr Geld vom Bund für die Rentenversicherung. Bundesrechnungshofpräsident Kay Scheller appelliert: Es braucht einen tragfähigen Haushalt, damit der Bund auch dann noch handeln kann, wenn die Rahmenbedingungen nicht mehr so gut sind wie heute.
Quelle: Tagesschau

7. **Vom Segen der Privatisierung**
In Großbritannien begann vor 25 Jahren der Siegeszug der Privatisierung mit der Eisenbahn, das neoliberale Versprechen kam und kommt dem Steuerzahler teuer zu stehen
Der November ist bekanntlich der Monat historischer Gedenktage, die im Allgemeinen auch feierlich begangen werden. Der 5. November war ein bedeutender Jahrestag für die jüngere Geschichte Großbritanniens, allerdings dürfte er an den allermeisten, vor allem im Ausland, vorbeigegangen zu sein. Wahrscheinlich hatte die britische Regierung gute Gründe den Mantel des Schweigens darüber auszubreiten.
Am 5.November 1993 verabschiedete das britische Parlament den "British Railways Act". Dieses Gesetz der konservativen Regierung unter Premierminister John Major bereitete die Grundlage für die 1994 eingeführte Privatisierung der britischen Staatsbahnen. Durch den "Railways Act" konnte Infrastruktur an private Anbieter verkauft werden. Vorher war dies nicht möglich. […]
In einer Videobotschaft blickte Oppositionsführer Jeremy Corbyn von der Labour-Partei am 5. November auf das 25-jährige Jubiläum zurück. Die Privatisierung habe sich als Desaster für alle Beteiligten entpuppt. "Steuerzahler buttern heute mehr Geld in die Eisenbahnen als zu der Zeit, in der sie uns gehört haben und von uns betrieben wurden", so Corbyn. "Fünf Milliarden Pfund werden jedes Jahr von der Regierung direkt ausgegeben. Weitere 4 Milliarden, um die wachsenden Schulden von Network Rail zu begleichen. Vor der Privatisierung waren es nur 2 Milliarden Pfund pro Jahr mit heutigem Geld."
Quelle: Telepolis
8. **Viele Gewerkschafter wählen die AfD**
Sie haben alles versucht. "Klare Kante zeigen", hieß die Strategie der bayerischen Gewerkschaften gegen die AfD. Ihre Leute schwärmten in Betrieben aus, um Kollegen zu überzeugen, alle paar Tage veröffentlichte der DGB immer eindringlichere Positionspapiere, am Nürnberger Gewerkschaftshaus spannte er über mehrere Stockwerke ein Transparent: "Unsere Alternative heißt Respekt und Solidarität".
Als die Bayern dann ihren Landtag wählten, stimmten trotzdem 14,5 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder für die AfD. Unter allen Wählern kam die Partei dagegen nur

auf 10,2 Prozent der Stimmen. Schon bei der Bundestagswahl 2017 hatten überproportional viele Gewerkschafter AfD gewählt. Und zuletzt, bei der Landtagswahl in Hessen, votierte jedes fünfte männliche Gewerkschaftsmitglied für die AfD.
In Reihen der Arbeitnehmervertreter löst dieses Ergebnis Irritation und Unbehagen aus. Er sorge sich "um den sozialen Frieden nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch in den Betrieben", sagt ein namhafter IG Metaller. Von Hause aus ist der DGB samt seiner Einzelgewerkschaften parteipolitisch neutral, Nähe zu SPD oder Linken hin oder her.
Quelle: Süddeutsche

Anmerkung JK: *Sollten da bei DGB & Co nicht alle Alarmglocken schrillen? Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang auch, dass der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bisher die Forderungen von Seiten der Wirtschaftsverbände nach verstärkter Migration nicht kritisch beleuchtet haben.*

9. **Journalismus: Facebook kann Portale in die Bedeutungslosigkeit herunterpegeln**
   Laut einer Erhebung des Pew Research Center beziehen 43 Prozent der erwachsenen US-Bürger News auf Facebook. Wenn der Konzern an seinen Algorithmen dreht, hat das massiven Einfluss auf den Traffic von Nachrichtenportalen. Zugleich investieren Facebook und Google Milliarden in journalistische Projekte. … Laut einer Erhebung des Pew Research Center beziehen 43 Prozent der erwachsenen US-Bürger News auf Facebook. Die Hälfte dieser Gruppe, also gut ein Viertel aller US-Bürger, nutzt Facebook als alleinige Informationsquelle. Für immer mehr Leute ist Facebook also das Fenster zur Welt. … Laut einer Untersuchung der Analytics-Firma SimilarWeb wurden beim US-Portal Vice voriges Jahr 48,1 Prozent aller Webseitenbesucher von Facebook weitergeleitet. Beim britischen Independent stammten 43,7 Prozent des Desktop-Traffics von Facebook. Beim Magazin New Yorker kam gut ein Viertel (26,6 Prozent) aller Webseitenbesucher von Facebook.
   Quelle: Süddeutsche Zeitung
10. **"Ganz schön gierig": 'Die Welt' will Sahra Wagenknecht diffamieren und blamiert sich böse**
    Kurz gefasst: Wagenknecht verdiene mit ihrer Kapitalismuskritik auf gut kapitalistische Weise Geld, sei also "ganz schön gierig". Erkennbar ist auch wieder einmal das alte Argument, dass linke Politiker gefälligst nicht besser zu leben haben als ihre Klientel. Der Autor mokiert sich über den Düsseldorfer Veranstaltungsort in der als "Kö" bekannten noblen Königsallee: "Dass sich das Prekariat dorthin verlaufen

wird, ist also ohnehin eher unwahrscheinlich.”
Springer ist bisher nicht durch Kritik an Lesungen von Politikern aufgefallen, auch nicht wenn für den Besuch dieser Lesungen Geld bezahlt werden musste. Dieser Umstand ist auch einigen der Welt-Leser aufgefallen, die den Artikel – überwiegend kritisch – kommentierten. Doch die eigentliche Pointe lieferte die Welt selbst noch nach. Am Dienstag erschien dann – versteckt unter “Meinung” – eine kleinlaute Richtigstellung, in der es immerhin diesmal wahrheitsgemäß hieß: “Richtig ist, dass Frau Dr. Wagenknecht in Cottbus kein Entgelt und keine Aufwandsentschädigung erhalten hat. Den Eintrittspreis kassierte der Veranstalter.” Der Vorwurf, Wagenknecht sei gierig, war also haltlos, und die Unterstellung der Heuchelei fällt einmal mehr auf ihre Urheber zurück. Saubere Arbeit, danke, liebe Welt.
Quelle: RT Deutsch